

Gemeinnützige Einrichtungen

Nonprofit-Organisationen gründen, führen und optimieren: Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbH & Co.

von
Dr. Evelyne Menges

Dr. jur. Evelyne Menges L.I.C., ist Rechtsanwältin in München und war Lehrbeauftragte für Nonprofit-Organisationen an der Katholischen Universität Eichstätt. Sie ist durch zahlreiche Publikationen auf dem Gebiet der gemeinnützigen Einrichtungen hervorgetreten.

2. Auflage

Gemeinnützige Einrichtungen – Menges

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Vereinsrecht, Stiftungsrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 59311 6

Beck-Rechtsberater im dtv

Gemeinnützige Einrichtungen

dtv

beck-shop.de

Beck-Rechtsberater

Gemeinnützige Einrichtungen

Nonprofit-Organisationen gründen, führen und
optimieren

Von Dr. Evelyne Menges L.I.C.,
Rechtsanwältin, München

2. Auflage

Deutscher Taschenbuch Verlag

www.dtv.de
www.beck.de

Originalausgabe

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,
Friedrichstraße 1a, 80801 München

© 2013. Redaktionelle Verantwortung: Verlag C.H. Beck oHG
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck, Nördlingen
(Adresse der Druckerei: Wilhelmstraße 9, 80801 München)

Satz: ottomedien, Darmstadt

Umschlaggestaltung: Design Concept Krön, Puchheim
unter Verwendung eines Fotos von Fotolia

ISBN 978-3-423-50727-1 (dtv)

ISBN 978-3-406-59311-6 (C. H. Beck)



9 783406 593116

Vorwort

Wohl kaum ein Bereich befindet sich mehr im Umbruch und in der Entwicklung als jener der NPO. Dies zeigt sich allein schon an den zahlreichen gesetzlichen Erneuerungen seit der 1. Auflage dieses Ratgebers. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der NPO ist groß und weiter am stetigen Wachsen. Die Bedeutung der NPO in Deutschland zeigt sich spiegelbildlich in der Literatur. Waren noch vor vielen Jahren nur vereinzelt Publikationen zu diesem Bereich erhältlich, kann jetzt auf umfangreiche Literatur zurückgegriffen werden. Seit der ersten Auflage dieses Ratgebers haben sich viele zivilrechtliche wie auch steuerrechtliche Vorschriften grundlegend geändert, zuletzt durch das Ehrenamtsstärkungsgesetz, das am 29. 3. 2013 in Kraft getreten ist. Aus diesem Grund wurde der vorliegende Ratgeber grundlegend überarbeitet. Es wurden eine Vielzahl von Beispielsfällen eingeführt, um die Verständlichkeit zu erleichtern. Wichtige Punkte für die Praxis sind als „Tipp“ gekennzeichnet.

Der vorliegende Ratgeber will und soll weder die vorhandene Literatur wiederholen, ergänzen noch sie ersetzen. Dem interessierten Vereinsmitglied oder Vereinsvorstand ebenso wie dem Stifter soll ein kurzer Leitfaden an die Hand gegeben werden, um sich selbst ein Problembeusstsein zu verschaffen und Möglichkeiten auszuloten. Aber auch die vielen im Bereich der NPO tätigen Ehrenamtlichen sollen Antworten auf wichtige Fragen erhalten. Es ist ein Anliegen, die vielen Wege, wie man Einnahmen erzielen kann, aufzuzeigen, um hier für die Praxis Anregungen zu geben. Der juristische oder steuerliche Berater soll einen kurzen Überblick zu einer spannenden Rechtsmaterie erhalten, die durch Konstellationen von Zivil- und öffentlichem Recht, Arbeitsrecht, Erbrecht, Sozialrecht und Steuerrecht geprägt ist, und sich bislang als ein Rechtsgebiet auszeichnete, das dem Spezialisten vorbehalten war. Von dieser Zielrichtung her ist der Aufbau des Werkes geprägt. Der Ratgeber wird nicht alle Themen behandeln können und musste sich daher auf die

in der Praxis am häufigsten auftretenden Probleme beschränken. Dass andere Gewichtungen möglich sind, ergibt sich aus der Natur der Sache selbst.

Dieses Buch soll den Rechtsuchenden als Leitfaden dienen, beginnend mit der Frage, welche Art von NPO man gründen möchte und was in deren Satzung zu beachten ist, auch im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit. Ist der erste wichtige Schritt der Gründung getan, stellt sich die Frage, in welchen Bereichen die NPO tätig werden kann. Anschließend wird der Komplex der Einnahmen sowie der Vermögensverwaltung behandelt. Große Aufmerksamkeit ist auch den Ausgaben zu widmen, die die NPO vor weitere Herausforderungen stellen. Was passiert, wenn man mit dem Tätigwerden nicht beginnen kann, weil man NPO-intern nicht weiterkommt oder die ideelle Tätigkeit ganz aufgeben muss oder möchte? Diese Unterteilung des Stoffes führt zwangsläufig dazu, dass von der in anderen Darstellungen zum Gemeinnützigeitsrecht anzutreffenden Reihenfolge der Untergliederung abgewichen wird.

Die Probleme der Hauptamtlichkeit sollen ebenso gestreift werden wie die der Ehrenamtlichkeit. Wie haften Vorstände und Mitarbeiter, etwa wie die NPO selbst? Wie lässt sich die NPO durch wirtschaftlich und rechtlich sinnvolle Schritte umstrukturieren? Was ist, wenn es überhaupt nicht mehr weitergeht, wie wird die NPO beendet? Auch wenn der Schwerpunkt in der Darstellung der rechtlichen Zusammenhänge liegt, werden Praxistipps eingestreut, um so dem Management der NPO gerecht zu werden.

Etwaige Ähnlichkeiten mit Personen oder NPO in Fallbeispielen sind rein zufällig. Auf das Zitieren wichtiger Quellen wurde nicht verzichtet, um eine Vertiefung von Problemen zu ermöglichen. Das Buch wurde so geschrieben, dass es auch für Nichtjuristen verständlich ist. An dieser Stelle möchte ich Herrn Reiner Rösch für die viele Geduld und Unterstützung bei der Überarbeitung dieses Ratgebers sehr herzlich danken.

München, im April 2013

Evelyne Menges

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
1. Kapitel	
Gründung und Errichtung einer NPO	1
2. Kapitel	
Satzungsgestaltung von NPO	77
3. Kapitel	
Steuerliche Vorteile der gemeinnützigen NPO	109
4. Kapitel	
Ideelle Betätigung von NPO	119
5. Kapitel	
Einnahmemöglichkeiten einer NPO	133
6. Kapitel	
Mittelverwendung der NPO	183
7. Kapitel	
Vermögenserhaltung	203
8. Kapitel	
Prüfung der Gemeinnützigkeit	213
9. Kapitel	
Hauptamtliche Mitarbeiter	219
10. Kapitel	
Ehrenamtliche Mitarbeiter	231
11. Kapitel	
Haftung	259

12. Kapitel

NPO und Öffentlichkeitsarbeit 289

13. Kapitel

Umstrukturierung von NPO 325

14. Kapitel

Krise und Ende einer NPO 335

Sachverzeichnis 353

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX

1. Kapitel

Gründung und Errichtung einer NPO	1
-----------------------------------------	---

I. Was ist eine NPO?	1
-----------------------------------	----------

II. Wie findet man den geeigneten Rechtsträger?	2
--------------------------------------------------------------	----------

1. Wie viel Kapital benötigt eine NPO für ihren Zweck?	3
2. Will man den Zweck selbst umsetzen oder ihn nur finanziell fördern?	5
3. Dauerhaftigkeit des Zwecks	7
4. Rechtsstellung der Beteiligten	9
5. Kontrolle und Aufsicht	10
6. Steuerrechtliche Aspekte	11
a) Vor- und Nachteile der Gemeinnützigkeit	12
b) Steuerliche Vorteile der Stiftung	14
7. Ansehen	15
8. Zusammenfassung	15

III. Verein	16
--------------------------	-----------

1. Was ist ein Verein?	16
a) Definition	16
b) Rechtsgrundlagen	17
2. Rechtscharakter des nicht eingetragenen Vereins	17
3. Rechtscharakter des eingetragenen Vereins	18
a) Idealverein	18
b) Wirtschaftlicher Verein	18
c) Verband	19
4. Gründung des eingetragenen Vereins	20
a) Vereinsgründer	20

b) Ablauf	20
5. Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder	23
a) Arten der Mitgliedschaft	23
b) Erwerb der Mitgliedschaft	24
c) Mitgliedschaftsrechte und -pflichten im Einzelnen	26
d) Erlöschen der Mitgliedschaft	30
6. Grundorgane des Vereins	31
a) Mitgliederversammlung	31
b) Vorstand	36
c) Mögliche Strukturen in einem großen Verein	39
IV. Stiftung	40
1. Was ist eine Stiftung?	41
a) Definition	41
b) Rechtsgrundlagen	41
2. Rechtscharakter der Treuhandstiftung	42
3. Rechtscharakter der rechtsfähigen Stiftung	44
a) Stiftung des öffentlichen Rechts	44
b) Stiftung des Privatrechts	45
c) Kirchliche Stiftung	49
4. Der Stifter	49
a) Bedeutung	49
b) Steuerrechtliche Aspekte	50
c) Kosten der Stiftungserrichtung	52
5. Errichtung der rechtsfähigen Stiftung	53
a) Errichtung zu Lebzeiten	53
b) Errichtung von Todes wegen	55
6. Stiftungsvermögen	57
a) Grundstockvermögen	58
b) Stiftungserträge	59
c) Zustiftungen und Spenden	60
7. Der Vorstand als Pflichtorgan der Stiftung	60
a) Verantwortung gegenüber Stifterwillen	61
b) Bestellung	61
c) Amtsdauer	62
8. Stiftungsaufsicht	63
a) Beratungsfunktion bei Stiftungserrichtung	63

b) Funktionen der Stiftungsaufsicht	63
c) Schranken der Stiftungsaufsicht	64
V. Gemeinnützige GmbH	65
1. Rechtscharakter der gemeinnützigen GmbH	65
2. Gründung	66
a) Vorgründungsgesellschaft	66
b) Vorgesellschaft	67
c) Anmeldung und Eintragung der gGmbH	68
d) Steuerrechtliche Aspekte	68
3. Stammkapital und Kapitalerhaltung	69
a) Klassische GmbH	69
b) Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)	70
4. Rechte und Pflichten der einzelnen Gesellschafter	71
a) Beginn und Ende der Gesellschafterstellung	71
b) Die Rechte der einzelnen Gesellschafter	72
c) Die Pflichten der Gesellschafter	72
5. Hauptorgane	73
a) Die Gesellschafterversammlung	73
b) Der Geschäftsführer	74
2. Kapitel	
Satzungsgestaltung von NPO	77
I. Zivilrechtliche Satzungsanforderungen	78
1. Gemeinsamer notwendiger Satzungsinhalt jeder NPO	79
a) Name	79
b) Sitz	81
c) Zweck	82
d) Organe	83
2. Rechtsform typische Satzungsanforderungen	84
a) Verein	84
b) Stiftung	85
c) gGmbH	85
3. Fakultativer Satzungsinhalt	86
II. Gemeinnützigkeitsrechtliche Satzungsanforderungen	88
1. Steuerbegünstigte Zwecke	89

a) Gemeinnützige Zwecke	90
b) Mildtätige Zwecke	93
c) Kirchliche Zwecke	95
d) Nichtgemeinnützige Nebenzwecke	96
2. Weitere zwingende gemeinnützigkeitsrechtliche Satzungsbestimmungen	96
a) Selbstlosigkeit	96
b) Ausschließlichkeit	98
c) Unmittelbarkeit	99
d) Vermögensbindung	99
3. Notwendige fakultative Satzungsbestimmungen	100
a) Zahlung einer Tätigkeitsvergütung an Organmitglieder ..	101
b) Echte Mitgliedsbeiträge beim Verein	101
III. Überprüfung der Satzung durch die zuständigen Behörden	101
1. Zivilrechtliche Prüfung	102
a) Vereinsregister beim eingetragenen Verein	102
b) Stiftungsaufsichtsbehörden für Stiftungen	103
c) Handelsregister für gGmbH	103
2. Vorprüfung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt ...	104
a) Einzureichende Unterlagen	104
b) Anerkennungsverfahren	105
IV. Satzungsänderungen	105
1. Verein	106
2. Stiftung	107
3. gGmbH	108
3. Kapitel	
Steuerliche Vorteile der gemeinnützigen NPO	109
I. Der steuerbefreite ideelle Bereich	111
II. Partielle Steuerpflicht für Einnahmen aus Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	112

III. Weitere Steuervergünstigungen	114
1. Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer	114
2. Befreiung von der Grunderwerbsteuer	115
3. Befreiung von der Grundsteuer	116
4. Befreiung von der Gewerbesteuer	117
4. Kapitel	
Ideelle Betätigung von NPO	119
I. Ausschließliche ideelle Betätigung	119
II. Das „Wie“ der ideellen Betätigung	120
1. Eigenständige Betätigung	121
2. Ausführung durch Hilfspersonen	121
3. Kooperation von NPO	122
4. Dachverband	123
III. Die Art der Zweckerfüllung	124
2. Projekte in eigener Einrichtung	125
2. Projekte in eigener und in fremder Einrichtung	125
a) Zuwendung von Geld und Sachmitteln an andere NPO ..	125
b) Überlassung von Personal, Einrichtungen und Räumen ..	127
3. Projekte in fremder Einrichtung	128
IV. Zweckverwirklichung im Ausland	129
1. Inlandsbezug der Zweckverfolgung	129
2. Vermögenstransfers ins Ausland	131
5. Kapitel	
Einnahmemöglichkeiten einer NPO	133
I. Einnahmen aus dem ideellen Bereich	133
1. Mitgliedsbeiträge	134
a) Höhe von Mitgliedsbeiträgen und Aufnahmegebühren bei Sport- und Freizeitvereinen	135
b) „Gemischte“ Mitgliedsbeiträge	137
c) Steuerbegünstigung von Mitgliedsbeiträgen für das Mitglied	138
2. Spenden	139
a) Definition	140

b) Sonderfall: Sachspenden	141
c) Sonderfall: Aufwandsspenden	142
d) Spendenabzug beim Spender	144
e) Verbindliches Muster für Zuwendungsbestätigungen	145
f) Vereinfachter Zuwendungs nachweis	149
g) Aufzeichnungspflichten	152
3. Erbschaften und Vermächtnisse	152
4. Zuschüsse	153
5. Förder-NPO und Spenden sammelnde NPO	154
6. Bußgeldzuweisungen	156
a) Rechtsgrundlage der Bußgeldzuweisungen	156
b) Voraussetzungen der NPO für die Begünstigung	157
c) Dauer der Eintragung	157
d) Kein Rechtsanspruch	157
e) Nachweis des Zahlungseingangs	158
II. Einnahmen aus der Vermögensverwaltung	158
1. Zinserträge	159
2. Vermietung und Verpachtung	160
3. Überlassung von Werberechten und Werbeflächen	160
4. Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	162
III. Einnahmen aus dem Zweckbetrieb	163
1. Allgemeine Voraussetzungen des Zweckbetriebs	165
a) Einheit von Satzungszweck und Geschäftsbetrieb	165
b) Notwendigkeit des Zweckbetriebs zur Zweck- verwirklichung	166
c) Wettbewerbsvorbehalt	166
2. Gesetzliche Beispiele von Zweckbetrieben	167
a) Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und Krankenhäuser	168
b) Tombolas und Lotterien	169
c) Sportliche Veranstaltungen	174
IV. Einnahmen aus dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	176
1. Allgemeine Voraussetzungen	176
2. Partielle Steuerpflicht	177
3. Sonderfall: Sponsoring	178

a) Was ist Sponsoring?	178
b) Steuerliche Bewertung	180
c) Wettbewerbsrechtliche Bewertung	181
6. Kapitel	
Mittelverwendung der NPO	183
I. Grundsätze	183
1. Selbstlose Zweckverfolgung als Schwerpunkt des Handelns ..	185
2. Mittelverwendung nur für eigene steuerbegünstigte Satzungszwecke	186
3. Zeitnahe Mittelverwendung	186
II. Ausnahmen von der Mittelverwendungspflicht für steuerbegünstigte Zwecke	188
1. Leistungen an den Stifter	188
2. Gesellige Veranstaltungen	189
3. Förderung des Profisports	190
4. Stiftungszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen	190
III. Verbote Mittelverwendungen	191
1. Gewinnausschüttung und Zuwendungen an Mitglieder	191
2. Begünstigungsverbot	192
3. Unterstützung politischer Parteien	193
IV. Problemfälle	193
1. Verwaltungskosten	193
2. Verrechnung von Gewinnen und Verlusten innerhalb der Tätigkeitsbereiche	196
a) Verluste im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb	196
b) Verluste im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	196
c) Verluste in der Vermögensverwaltung	199
3. Darlehen	199
a) Darlehensvergabe aus zeitnah zu verwendenden Mitteln ..	199
b) Darlehensvergabe aus nicht zeitnah zu verwendenden Mitteln	201
c) Verbote Darlehensvergabe an Vereinsmitglieder	202

7. Kapitel	
Vermögenserhaltung	203
I. Rücklagen	203
1. Zweckgebundene Rücklagen	204
a) Projektrücklage	205
b) Betriebsmittelrücklage	206
c) Wiederbeschaffungsrücklage	207
d) Rücklagen im Zweckbetrieb und im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	207
e) Rücklagenbildung bei der Förder-NPO	208
2. Vermögenserhaltungsrücklagen	208
a) Freie Rücklage aus Mitteln der Vermögensverwaltung ...	209
b) 10 %-Rücklage aus sonstigen Mitteln	210
c) Kapitalbeteiligungsrücklage	210
II. Vermögensbildung	211
1. Gesetzlicher Katalog	211
2. Vermögenszuführung bei Neu-Stiftungen	212
8. Kapitel	
Prüfung der Gemeinnützigkeit	213
I. Tatsächliche Geschäftsführung	213
II. Rechnungslegung	215
III. Erstmalige Überprüfung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt	216
IV. Regelmäßige Folgeprüfung	217
9. Kapitel	
Hauptamtliche Mitarbeiter	219
I. Hauptamtliche Vorstände und Geschäftsführer	220
II. Arbeitnehmer	221
1. Allgemeine arbeitsrechtliche Regelungen	221
2. Kirchliches Dienstrecht	222

III. Steuerliche Behandlung des Entgelts an hauptamtliche Organe und Arbeitnehmer	223
1. Arbeitsentgelt	223
2. Trinkgelder und sonstige Zuwendungen	223
IV. Sozialversicherungspflicht von hauptamtlich Tätigen	224
1. Hauptamtlicher Vorstand der NPO	224
2. Arbeitnehmer	225
V. Sonderfall: Geringfügige Beschäftigung im Minijob	226
1. Arten der geringfügigen Beschäftigung	227
2. Entgeltgeringfügigkeit	227
a) Minijob bis zu 450 € monatlich	227
b) Minijob zwischen 450,01 € und 850 € monatlich	228
3. Zeitgeringfügigkeit	228
10. Kapitel	
Ehrenamtliche Mitarbeiter	231
I. Allgemeine Rechtsstellung Ehrenamtlicher	231
1. Begriff	232
2. Erscheinungsformen	233
3. Finanzielle Ausstattung	233
a) Unentgeltliches Ehrenamt	234
b) Geringfügig vergütetes Ehrenamt	234
c) Angemessen vergütetes Ehrenamt	234
4. Rechte und Pflichten Ehrenamtlicher	235
a) Persönliche Voraussetzung beim Ehrenamtlichen	235
b) Rechtsverhältnis zur NPO	235
II. Steuerliche Behandlung des Entgelts an Ehrenamtliche ...	240
1. Unentgeltliche Tätigkeit	240
2. Auslagen- und Aufwendungsersatz	241
3. Aufwandsentschädigung	242
a) „Übungsleiterpauschale“	242
b) Organschaftliche Ehrenamtspauschale	244
c) Ehrenamtliche Betreuer, Vormunde und Pfleger	245
d) Steuerpflichtige Aufwandsentschädigung	245
4. Trinkgelder und sonstige Zuwendungen	246

III. Steuerrechtliche Bewertung bei der NPO	246
1. Auslagenersatz	246
2. Aufwandsentschädigung	246
a) Zulässigkeit der Aufwandsentschädigung	247
b) Angemessenheit	247
c) Nachweispflicht	248
IV. Ehrenamtliche in der Sozialversicherung	249
1. Unfallversicherung	249
a) Grundsatz: Keine Pflichtversicherung für Vereinsmitglieder – nur freiwillige Unfallversicherung	250
b) Gesetzliche Unfallversicherung	251
c) Satzungsmäßige Unfallversicherung	253
2. Rentenversicherung	253
3. Arbeitslosenversicherung	254
V. Sonderfall: „Gemeinnützige Arbeit“	255
VI. Sonderfall: Freiwillige des Bundesfreiwilligendiensts	257
11. Kapitel	
Haftung	259
I. Haftung der NPO	260
1. Haftung der NPO für ihre Vertretungsorgane	260
2. Haftung der NPO für ihre Arbeitnehmer und ehrenamtlichen Mitarbeiter	262
II. Haftung der NPO-Vertretungsorgane	263
1. Innenhaftung	264
a) Haftung des Vereins- und Stiftungsvorstands gegenüber der NPO	264
b) Haftung des Vereinsvorstands gegenüber den Vereinsmitgliedern	268
c) Haftung des besonderen Vertreters gemäß § 30 BGB gegenüber der NPO	269
d) Haftung des Geschäftsführers gegenüber einer gGmbH ..	269
2. Außenhaftung	270
a) Überschreitung der Vertretungsmacht	270

b) Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	271
c) Persönliche steuerliche Haftung der NPO-Vertretungsorgane	272
d) Sozialversicherungsrechtliche Haftung der NPO-Vertretungsorgane	274
e) Insolvenzhaftung	274
3. Haftungsbegrenzung für entgeltlich tätige Vertretungsorgane	275
a) Haftungsbegrenzung durch die Satzung	275
b) Haftungsbegrenzung durch eine D&O-Versicherung	276
c) Entlastung des Vorstands	277
d) Haftungsbeschränkung aufgrund Stiftungsgesetzes	278
4. Verjährung	278
III. Haftung der NPO-Arbeitnehmer	279
IV. Haftung der Ehrenamtlichen	280
1. Abgrenzung Gefälligkeitsverhältnis – Gefälligkeitsvertrag	280
2. Haftung Ehrenamtlicher gegenüber der NPO	281
a) Haftung der Vereinsmitglieder im Allgemeinen	281
b) Auftrag	281
c) Leihe	282
d) Verwahrung	283
3. Haftung Ehrenamtlicher gegenüber Dritten	284
V. Freistellungsansprüche gegenüber der NPO	284
1. Freistellungsanspruch der Vertretungsorgane und des besonderen Vertreters	284
2. Freistellungsansprüche von Vereinsmitgliedern	285
VI. Haftung der Stiftungsaufsichtsbehörde	285
1. Rechtsgrundlagen und Pflichtverstoß	286
2. Mitverschulden der Stiftungsorgane	286
3. Durchsetzung des Amtshaftungsanspruchs	287
12. Kapitel	
NPO und Öffentlichkeitsarbeit	289
I. Veranstaltungen mit Musik	289

1. Öffentliche oder private Veranstaltungen mit Musik	291
2. Zustimmungs- und Vergütungspflicht	292
a) Zustimmungs- und vergütungspflichtige Aufführungen ..	292
b) Zustimmungsfreie, aber vergütungspflichtige Aufführungen	293
c) Zustimmungs- und vergütungsfreie Aufführungen	293
3. GEMA-Vermutung	294
II. Veranstaltungen unter freiem Himmel	294
1. Öffentliche Versammlungen	295
a) Versammlungsrecht	295
b) Anmeldung	296
c) Auflagen	297
2. Sondernutzung von öffentlichem Grund und Boden	297
a) Antrag durch NPO	298
b) Inhalt der Sondernutzungserlaubnis	298
3. Nutzung von privatem Grund und Boden	299
III. Sammlungen	300
1. Begriff	300
2. Erlaubnisbedürftige Sammlungen	301
a) Sammlungarten	302
b) Verfahren	303
c) Rechenschafts- und Auskunftspflichten	305
d) Sanktionen bei Verstoß gegen das Sammlungsgesetz	306
3. Nicht erlaubnisbedürftige Sammlungen	306
IV. Datenschutz und NPO	306
1. Rechtsgrundlagen und Begriffe des BDSG	307
2. Allgemeine Zulässigkeit des Umgangs mit personen- bezogenen Daten	308
a) Zulässigkeit kraft Gesetzes	308
b) Zulässigkeit kraft Einwilligung	310
3. Verwaltung der Daten bei der NPO	311
4. Typische datenschutzrechtlich relevante Fallkonstellationen in NPO	313
a) Daten für Mitglieder- und Spendenwerbung	313
b) Marketing mit Fremdadressen	315

c) Herausgabe von Mitgliederdaten an Vereinsmitglieder für allgemeine Interessen	316
d) Herausgabe von Mitgliederlisten an Vereinsmitglieder zur Wahrnehmung von Satzungsrechten	317
e) Weitergabe an Versicherungen	319
V. Internet und Vereinszeitschrift	320
1. Internet	320
1. Impressumspflichten	320
2. Urheberrechtsschutz auf Internetseiten	321
2. Vereinszeitschrift	322
13. Kapitel	
Umstrukturierung von NPO	325
I. Outsourcing	325
1. Begriff und Fallgestaltungen	325
2. Ausgliederung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	326
a) Verfügbare gesellschaftsrechtliche Formen	327
b) Gestaltungsmöglichkeiten	327
3. Verselbstständigung gemeinnütziger Aktivitäten	330
a) Anlass	330
b) Übertragung auf gemeinnützige Tochter-NPO	330
II. Fusionen von NPO	331
1. Fusion gleichartiger NPO	332
2. Fusion verschiedenartiger NPO	333
14. Kapitel	
Krise und Ende einer NPO	335
I. Krisensituationen	335
1. Die „stecken gebliebene“ NPO-Gründung	336
2. Gefährdung und Verlust der Gemeinnützigkeit	337
a) Fehler in der Satzungsformulierung	337
b) Fehler in der tatsächlichen Geschäftsführung	338
c) Folgen der Verstöße gegen die Gemeinnützigkeit	338
3. Zweckerreichung	339
4. Zweckverfehlung	340

5. Insolvenz	340
a) Insolvenzgründe	341
b) Mitteilungspflicht	342
c) Handlungsoptionen in der Krise	342
d) Antragsberechtigung	343
II. Ende einer NPO	344
1. Auflösung mit Willen der NPO	344
a) Verein	344
b) Stiftung	346
c) gGmbH	346
2. Auflösung gegen den Willen der NPO	346
a) Erlöschen eines Vereins	347
b) Aufhebung einer Stiftung	348
c) Auflösung einer gGmbH	348
3. Auflösung kraft Gesetzes	348
III. Abwicklung einer NPO	349
1. Zivilrechtliche Abwicklung	349
a) Liquidation	349
b) Vermögensanfall an den Fiskus	350
2. Gemeinnützigkeitsrechtliche Abwicklung	350
a) Rückzahlung von Kapitalanteilen und Sacheinlagen	350
b) Grundsatz der Vermögensbindung	350
Sachverzeichnis	355